

KLIENTEN-INFO

EIN SERVICE FÜR KLIENTEN UND INTERESSENTEN



STEUERTERMINE 2020

JÄNNER

Fälligkeiten

- 15.1. USt für November 2019
Lohnabgaben (L, DB, DZ, GKK,
Stadtkasse/Gemeinde) für
Dezember 2019

Fristen und Sonstiges

- Ab 1.1. Monatliche Abgabe der Zusammenfassenden Meldung, ausgenommen bei vierteljährlicher Meldepflicht
- Bis 15.1. Entrichtung der Dienstgeberabgabe 2019 für geringfügig Beschäftigte

FEBRUAR

Fälligkeiten

- 17.2. USt für Dezember 2018 bzw. 4. Quartal
Lohnabgaben für Jänner

- Est-Vorauszahlung 1. Viertel
Köst-Vorauszahlung 1. Viertel

- 29.2. Pflichtversicherung SVA

Fristen und Sonstiges

- Bis 1.2. Meldepflicht für bestimmte Honorarzahungen 2019 (E18) in Papierform
- Bis 15.2. Nachverrechnung und Abfuhr der Lohnsteuer im Rahmen des 13. Lohnabrechnungslaufs zwecks steuerlicher Zurechnung zum Jahr 2019
- Bis 15.2. Erstellung und Überprüfung des Jahresbelegs für das Jahr 2019 (pro Registrierkasse)
- 29.2. Jahreslohnzettelübermittlung per ELDA
- 29.2. Meldung der Aufzeichnung betreffend Schwerarbeitszeiten

INHALT JÄNNER 2020

- » Steuertermine 2020
- » 2020 bringt wichtige Neuerungen beim Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz
- » Grunderwerbsteuer bei Baurechten
- » Registrierkassen Jahresbeleg bis spätestens 15. Februar prüfen

STEUERTERMINE 2020

(Fortsetzung von Seite 1)

- 29.2. Meldepflicht von Zahlungen gem. § 109a und b EStG aus dem Vorjahr (elektronische Datenübermittlung an das Finanzamt)

MÄRZ

Fälligkeiten

- 16.3. USt für Jänner
Lohnabgaben für Februar

Fristen und Sonstiges

- 31.3. Kommunalsteuer- und Dienstgeberabgabeklarung 2019 bei Stadtkasse/Gemeinde

APRIL

Fälligkeiten

- 15.4. USt für Februar
Lohnabgaben für März

Fristen und Sonstiges

- 30.4. Abgabe der Steuererklärungen 2019 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) in Papierform und Feststellung der Einkünfte gemäß § 188 BAO

MAI

Fälligkeiten

- 15.5. USt für März bzw. 1. Quartal
Lohnabgaben für April
ESt-Vorauszahlung 2. Viertel
KöSt-Vorauszahlung 2. Viertel
- 31.5. Pflichtversicherung SVA

JUNI

Fälligkeiten

- 15.6. USt für April
Lohnabgaben für Mai

Fristen und Sonstiges

- 30.6. Einreichungspflicht der Steuererklärungen 2019 (Einkommen-, Umsatz-, Körperschaftsteuer) über FinanzOnline
- 30.6. Fallfrist für Antrag auf Rückholung ausländischer MwSt 2019 aus Nicht-EU-Ländern

JULI

Fälligkeiten

- 15.7. USt für Mai
Lohnabgaben für Juni

AUGUST

Fälligkeiten

- 17.8. USt für Juni bzw. 2. Quartal
Lohnabgaben für Juli
ESt-Vorauszahlung 3. Viertel
KöSt-Vorauszahlung 3. Viertel
- 31.8. Pflichtversicherung SVA

SEPTEMBER

Fälligkeiten

- 15.9. USt für Juli
Lohnabgaben für August

Fristen und Sonstiges

- Bis 30.9. Erklärung Arbeitnehmerpflichtveranlagung 2019 L 1 in Papierform oder FinanzOnline bei zumindest zeitweise gleichzeitigem Erhalt von zwei oder mehreren lohnsteuerpflichtigen Bezügen, sonst ist der Termin der 30.6. (via FinanzOnline)
- Bis 30.9. Verpflichtung zur Einreichung des Jahresabschlusses zum 31.12.2019 für (verdeckte) Kapitalgesellschaften
- Bis 30.9. Fallfrist für Antrag auf Erstattung ausländischer MwSt (EU) für das Steuerjahr 2019
- Bis 30.9. Herabsetzungsanträge für die Vorauszahlungen 2020 für Einkommen- und Körperschaftsteuer

OKTOBER

Fälligkeiten

- 15.10. USt für August
Lohnabgaben für September

Fristen und Sonstiges

- ab 1.10. Beginn der Anspruchsverzinsung für Nachzahlung ESt/KSt 2019
- bis 31.10. Antrag auf Ausstellung eines Freibetragsbescheides

NOVEMBER

Fälligkeiten

- 16.11. USt für September bzw. 3. Quartal
Lohnabgaben für Oktober
ESt-Vorauszahlung 4. Viertel
KöSt-Vorauszahlung 4. Viertel
- 30.11. Pflichtversicherung SVA

DEZEMBER

Fälligkeiten

- 15.12. USt für Oktober
Lohnabgaben für November

Fristen und Sonstiges

- bis 31.12. Schriftliche Meldung an GKK für Wechsel der Zahlungsweise (zwischen monatlich und jährlich) der MVK-Beiträge für geringfügig Beschäftigte
- bis 31.12. Die Frist für die Arbeitnehmerveranlagung 2015 bzw. für den Antrag auf die Rückzahlung von zu Unrecht einbehaltener Lohnsteuer läuft ab
- 31.12. Mitteilungspflicht für Country-by-Country Reporting (Formular oder FinanzOnline) bei Regelwirtschaftsjahr der obersten Muttergesellschaft

2020 BRINGT WICHTIGE NEUERUNGEN BEIM WIRTSCHAFTLICHE EIGENTÜMER REGISTERGESETZ

Das vergangene Sommer beschlossene **EU-Finanzanpassungsgesetz 2019** bringt für das "**Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz (WiEReG)**" zahlreiche Änderungen, von denen die ersten bereits mit **10. Jänner 2020** in Kraft treten. Bekanntermaßen hat das WiEReG die unionsweite **Verhinderung von Geldwäsche** und Steuerhinterziehung zum Ziel, welche durch ein Register der wirtschaftlichen Eigentümer von Gesellschaften, anderen juristischen Personen und von bestimmten Trusts unterstützt werden soll. Aufgrund der **Komplexität** der mit dem WiEReG verbundenen Fragen kommt es immer wieder zu Klarstellungen und Updates (siehe zuletzt KI o8/18).

So rückt ab dem 10. Jänner 2020 die **Sorgfaltspflicht** (Feststellung der **Identität** und Überprüfung der wirtschaftlichen

Fortsetzung auf Seite 3

2020 BRINGT WICHTIGE NEUERUNGEN BEIM WIRTSCHAFTLICHE EIGENTÜMER REGISTERGESETZ (Fortsetzung von Seite 2)

Eigentümer) der betroffenen Rechtsträger stärker in den Vordergrund. Die **Sorgfaltspflicht** muss **zumindest jährlich** durchgeführt werden - konkret bedeutet dies die Einholung und Prüfung von Informationen, ob die an das Register gemeldeten wirtschaftlichen Eigentümer noch aktuell sind (sogenannte **jährliche Überprüfungspflicht der Rechtsträger**). **Binnen vier Wochen** nach Fälligkeit der jährlichen Überprüfung der wirtschaftlichen Eigentümer müssen etwaig festgestellte Änderungen gemeldet werden bzw. die Aktualität der gemeldeten Daten mittels neuerlicher Meldung bestätigt werden. **Grundsätzlich** ist zu beachten, dass Änderungen betreffend wirtschaftlicher Eigentümer nach wie vor **binnen vier Wochen ab Kenntnis der Änderungen zu melden** sind. Bei **subsidiären Meldungen** (ersatzweise Meldung der obersten Organe wie z.B. Geschäftsführer oder Vorstände) ist im Rahmen der jährlichen Überprüfung anzugeben, ob bei der meldepflichtigen Gesellschaft **keine wirtschaftlichen Eigentümer** vorhanden sind oder ob nach Ausschöpfung aller Möglichkeiten die wirtschaftlichen Eigentümer der meldepflichtigen Gesellschaft **nicht festgestellt** oder überprüft werden können.

Ebenfalls ab 10. Jänner 2020 kann **über die BMF-Homepage ein kostenpflichtiger Registerauszug angefordert** werden. Die darin enthaltenen **Informationen zum wirtschaftlichen Eigentümer** umfassen z.B. Vor- und Nachname, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit und Wohnsitzland. Ebenso ist Art und Umfang des wirtschaftlichen Interesses (etwa Eigentum, Kontrolle sowie vergleichbare Funktionen bei Stiftungen und Trusts) verfügbar. **Ausgenommen** bzw. **eingeschränkt** sind Auskünfte zu bestimmten Personen, sofern **außergewöhnliche Umstände** bzw. **schutzwürdige Interessen** gem. § 10a WiEReG vorliegen. Überdies bietet der Registerauszug keine Informationen zu Beteiligungshöhe, oberstem Rechtsträger, Stimmrechten sowie Wohnsitzen. Sofern

im Rahmen der **Geldwäschesorgfaltspflichtigen Unregelmäßigkeiten** bzw. unvollständige Informationen im Register der wirtschaftlichen Eigentümer festgestellt werden, so muss der i.Z.m. Geldwäscheschnepperpflichtete (das sind z.B. Banken, Steuerberater, Rechtsanwälte etc.) **im Register einen Vermerk setzen** (ab 10.1.2020). Eine **Ausnahme** von dieser Verpflichtung besteht allerdings, wenn der entsprechende Rechtsträger (oftmals ist das der eigene Klient) auf die unrichtige oder unvollständige Eintragung hingewiesen wird und innerhalb einer angemessenen Frist eine Berichtigung des Registers erfolgt.

Schließlich werden auch die mit dem WiEReG zusammenhängenden **Strafbestände** mit Jänner 2020 **erweitert** und der Höhe nach differenziert. Maßgebend ist, dass **vorsätzliche Finanzvergehen** mit einer Geldstrafe **bis zu 200.000 €** und **grob fahrlässige Finanzvergehen** mit **bis zu 100.000 € bestraft** werden können. Diese Tatbestände können bei **unrichtigen oder unvollständigen Meldungen**, wodurch der wirtschaftliche Eigentümer nicht offengelegt wird, erfüllt sein bzw. auch dann, wenn Änderungen bei den Angaben zu den wirtschaftlichen Eigentümern nicht rechtzeitig übermittelt werden. Mit dem nachfolgend dargestellten **Compliance-Package** kommt es auch zu neuen Strafbestimmungen. So kann etwa ein **Finanzvergehen** vorliegen und eine Geldstrafe bis zu 75.000 € nach sich ziehen, sofern im Zuge der Übermittlung eines Compliance-Packages **vorsätzlich falsche oder verfälschte Dokumente** an das Register **übermittelt** werden. Eine Finanzordnungswidrigkeit, die mit bis zu 10.000 € bestraft werden kann, kann vorliegen, sofern erforderliche Dokumente nicht an das Compliance-Package übermittelt werden bzw. damit zusammenhängende Pflichten nicht erfüllt werden.

Auf **freiwilliger Basis** wird - erstmals möglich ab 10. November 2020 - ein sogenanntes **Compliance-Package** einge-

führt, wodurch es zu einer **Verringerung des Verwaltungsaufwands** kommen soll. Dadurch können die zur Feststellung und Überprüfung des wirtschaftlichen Eigentümers erforderlichen **Dokumente** (z.B. Organigramme, Gesellschaftsvertrag oder Nachweis zu Treuhandschaften) **zentral im WiEReG gespeichert** werden. Dies hat mitunter den administrativen Vorteil, dass die zur Geldwäscheüberprüfung Verpflichteten über das Compliance-Package in die relevanten Dokumente Einsicht nehmen können und diese nicht extra beim Rechtsträger anfordern müssen. Aus Sicht des jeweiligen Rechtsträgers bietet sich auch der Nutzen, dass der **Kreis** jener, die in das Compliance-Package **Einsicht nehmen können, eingeschränkt** werden kann und beispielsweise nur Kreditinstitute umfasst, zu denen eine Geschäftsbeziehung besteht. Überdies kann (der Einfachheit halber) von einem Rechtsträger auch auf das Compliance-Package eines übergeordneten Rechtsträgers **verwiesen** werden, was sich z.B. bei **komplexen Konzernstrukturen** als sinnvoll erweisen kann.

Voraussetzung für die Verwendung eines Compliance-Packages ist, dass der wirtschaftliche Eigentümer von einem **berufsmäßigen Parteienvertreter festgestellt** und überprüft worden ist. Außerdem muss das Compliance Package durch den Parteienvertreter **übermittelt** werden - die Dokumente müssen im Zeitpunkt der Übermittlung **aktuell** sein (z.B. darf ein Auszug aus einem ausländischen Handelsregister nicht älter als 6 Wochen sein). Wenn berechtigte **Gründe gegen die Übermittlung** einer Urkunde an das Register bestehen, kann **anstelle der Urkunde ein Aktenvermerk** übermittelt werden. Das Compliance-Package und die erforderlichen Dokumente sind übrigens für **1 Jahr gültig**, sofern keine Änderungen betreffend der wirtschaftlichen Eigentümer eintreten.

GRUNDERWERBSTEUER BEI BAURECHTEN

Wenngleich für die Berechnung der **Grunderwerbsteuer** (GrESt) grundsätzlich der Wert der **Gegenleistung** (z.B. der Kaufpreis) maßgeblich ist, so kommt auch dem sogenannten **Grundstückswert** als **Mindestbemessungsgrundlage** eine wesentliche Bedeutung zu. Nicht zuletzt deshalb, da er auch explizit als Bemessungsgrundlage für **bestimmte Erwerbsvorgänge** wie etwa im Zusammenhang mit unentgeltlichen Übertragungen oder bei Umgründungen zu verwenden ist.

Die Ermittlung des Grundstückswerts ist in der **Grundstückswertverordnung** geregelt, wobei grundsätzlich entweder das **Pauschalwertmodell** zur Anwendung kommt (Kombination aus Grund- und/oder Gebäudewert) oder die Ermittlung anhand eines geeigneten **Immobilienpreisspiegels** erfolgt. Für Grunderwerbsteuer auslösende Transaktionen mit **Baurechten** (z.B. Einräumung oder Übertragung eines Baurechts) oder i.Z.m. durch Baurechte belasteten Grundstücken hatte die Grundstückswertverordnung **bislang keine Informationen** vorgesehen - mit Herbst 2019 hat sich das durch eine **Novellierung** der Grundstückswertverordnung **geändert**. Unter einem **Baurecht** versteht man (zivilrechtlich) ein sogenanntes **eigentumsähnliches Recht**, wie es beispielsweise auch das Wohnungseigentum oder das Veräußerungs- und Belastungsverbot ist. Konkret ist das Baurecht ein dingliches, veräußerliches und vererbliches Recht, auf oder unter Bodenfläche eines fremden Grundstücks ein **Bauwerk** zu haben. Für den Liegenschaftseigentümer kann das Baurecht den Vorteil bieten, die Liegenschaft verwerten zu können, ohne sein Eigentum aufgeben zu müssen. Der Bauberechtigte auf der anderen Seite erspart sich den Kaufpreis für die Liegenschaft und muss bloß den **Bauzins** bezahlen.

Die **Grundstückswertverordnung** sieht im Rahmen der Ermittlung des Grundstückswertes eines Baurechtes und des mit einem **Baurecht belasteten Grundstücks** für die Berechnung des **Grundwertes** folgendes vor (der Gebäudewert als zweite Komponente des Grundstückswerts unterliegt keinen besonderen Bestimmungen). Maßgebende Überlegung dabei ist, ob der **Grundwert** des Grundstücks dem

Baurecht zuzuordnen ist oder mit dem **belasteten Grundstück** zusammenhängt. Beträgt die **Dauer des Baurechts** im Zeitpunkt des Entstehens der Steuerschuld **noch 50 Jahre oder mehr**, so ist der Grundwert des Baurechtes in Höhe des **Grundwertes des unbebauten Grundstückes** und der **Grundwert** des belasteten Grundstückes **mit Null** anzusetzen. Folglich wird in dieser Konstellation der **gesamte Grundwert** des Grundstücks dem **Baurecht zugeordnet** und das belastete Grundstück hat in diesem Zeitpunkt keinen Wert. Macht hingegen die **Dauer des Baurechtes** im Zeitpunkt des Entstehens der Steuerschuld **weniger als 50 Jahre** aus, so ist der Grundwert des Baurechtes mit **2% des Grundwertes** des unbebauten Grundstückes für jedes volle Jahr der **restlichen Dauer** des Baurechtes anzusetzen. Der Grundwert des belasteten Grundstückes ist die Differenz zwischen dem Grundwert des unbelasteten Grundstückes und dem Grundwert für das Baurecht. Bei dieser Variante **verringert** sich der dem Baurecht zuzuordnende **Grundwert linear** um **2% pro vollem Jahr** der verbleibenden Dauer des Baurechts - im Gegenzug erhöht sich der Grundwert des belasteten Grundstücks um jährlich 2%. Für beide Konstellationen gilt im Endeffekt, dass die **Summe** aus dem Grundwert des Baurechts und dem Grundwert des belasteten Grundstücks dem **Grundwert des unbelasteten Grundstücks** entsprechen muss.

Da vor der **Novellierung der Grundstückswertverordnung** die GrESt bei Begründung oder Übertragung eines Baurechts mit dem **18fachen des Jahreswerts** der Baurechtszinsverpflichtung **gedeckt** war, kann es sein, dass das nunmehrige Heranziehen des Grundstückswerts als **Mindestbemessungsgrundlage** bei Baurechten zu einer **erhöhten GrESt** führt. Eine Lösungsmöglichkeit besteht unter Umständen in dem **Nachweis** des Bodenwertanteils des Baurechts **durch ein Sachverständigen-gutachten** - dabei handelt es sich bekanntermaßen um die dritte Möglichkeit der Ermittlung des Grundstückswerts (neben Anwendung des Pauschalwertmodells und der Ableitung aus einem geeigneten Immobilienpreisspiegel).

REGISTRIERKASSEN JAHRESBELEG BIS SPÄTESTENS 15. FEBRUAR PRÜFEN

Bei der Verwendung von **Registrierkassen** sind bekanntermaßen **Sicherheitsmaßnahmen** zu beachten, die den **Schutz vor Manipulation** der in der Registrierkasse gespeicherten Daten sicherstellen sollen. Start-, Monats- und Jahresbeleg unterstützen die **vollständige Erfassung der Umsätze** in der Registrierkasse. Dabei müssen **Jahresbelege** zum Abschluss eines jeden Jahres (unabhängig vom gewählten Wirtschaftsjahr) **erstellt, überprüft** und für 7 Jahre (gesetzliche Aufbewahrungsfrist) **aufbewahrt** werden. Für das **Jahr 2019** ist demnach **bis spätestens 15. Februar 2020** für jede Registrierkasse separat ein **Jahresbeleg** zu erstellen und zu überprüfen.

Der **Monatsbeleg für Dezember** ist zugleich der Jahresbeleg und kann wie jeder andere **Nullbeleg** durch Eingabe des Wertes o erstellt werden. Eine Überprüfung kann manuell mithilfe der **"BMF Belegcheck App"** vorgenommen werden. Sofern die Registrierkasse über die entsprechende technische Ausstattung verfügt, kann der Jahresbeleg **elektronisch erstellt** und über den **Registrierkassen-Webservice** zur Prüfung an FinanzOnline übermittelt werden. In diesem Fall sind Ausdruck und Aufbewahrung des Belegs **nicht notwendig**. In **Ausnahmefällen** - kein Internetzugang und kein Smartphone verfügbar - ist auch eine **manuelle Übermittlung** des Jahresbelegs (Formular RK 1) möglich. Das **Versäumen der Frist** (15. Februar 2020) kann eine **Finanzordnungswidrigkeit** darstellen.

Bei allen personenbezogenen Bezeichnungen gilt die gewählte Form für beide Geschlechter. Die veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt und ohne Gewähr.

Impressum:
Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Klier, Krenn & Partner – Klienten-Info GmbH
Redaktion: 1030 Wien, Jacquingasse 51/2.

Richtung: unpolitische, unabhängige Monatschrift, die sich mit dem Wirtschafts- und Steuerrecht beschäftigt und speziell für Klienten von Steuerberatungskanzleien bestimmt ist.

© www.klienten-info.at
© Konzept & Design: DI(FH) Sylvia Fürst